



öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 19.01.2022

An
Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller
Vorsitzender des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf

**Antrag der SPD-Ratsfraktion
zur Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 03.02.2022**

Betrifft:

Antrag der SPD-Ratsfraktion: 100% städtisch - 100% bezahlbar

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Ratsfraktion bittet Sie, diesen Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 03. Februar 2022 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen.

Antrag:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf bekräftigt die Ziele seines Beschlusses vom 13. Dezember 2018 „Städtische Grundstücke für den Wohnungsbau: 100% bezahlbare Wohnungen“ (01/ 347/2018).

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, dass keine städtischen Grundstücke für freifinanzierten Wohnungsbau vergeben oder verkauft werden. Der Verkauf oder die Weitergabe an eine städtische Tochter, eine städtische Beteiligung oder Mitgliedern des Düsseldorfer Bündnis für genossenschaftliches Wohnen bleibt hiervon unbenommen, sofern wohnungspolitische Ziele formuliert und mit der Realisierung erreicht werden.

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, städtische Liegenschaften für den Wohnungsbau, nur für die Herstellung von öffentlich gefördertem Wohnraum (Förderwege A und B) sowie für Wohnungen, denen ein besonderes Nutzungskonzept für besondere Zielgruppen zugrunde liegt, an Dritte nur in Erbpacht zu vergeben.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Düsseldorf nutzt seit 2015 Konzeptausschreibungen, um die städtebaulichen, sozialen und ökologischen Zielvorstellungen bei Grundstücksverkäufen bei der Vergabe und Verkauf von städtischen Grundstücken zu steuern. Die Implementierung von Quoten, die sich an dem Handlungskonzept Wohnen orientierten, wurden durch das Liegenschaftsamt der Stadtverwaltung Düsseldorf beim Verkauf von städtischen Grundstücken berücksichtigt und den Erwerber:innen auferlegt.

Um ein positives Signal an den Düsseldorfer Wohnungsmarkt zu senden, wurde am 13. Dezember 2018 ein Antrag (01/ 347/2018) der damaligen Ampel-Kooperation im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschlossen. Der Antrag besagte, dass städtischen Grundstücke nur für bezahlbare Wohnungen veräußert werden dürfen. Das heißt, dass keine Grundstücke für freifinanzierten Wohnungsbau ohne wohnungspolitische Ziele abgegeben werden dürfen.

Es gilt, die Ziele des damaligen Antrags auch für die Zukunft zu bekräftigen und weiter zu schärfen, denn bezahlbarer Wohnraum in Düsseldorf wird zunehmend knapper, ähnlich wie die Anzahl der stadteigenen Flächen, die sich für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eignen.

Normalverdienende und Menschen mit geringem Einkommen können sich den Wohnraum in Düsseldorf nicht mehr leisten oder es fehlt das ausreichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum in dieser Stadt. Die Landeshauptstadt Düsseldorf läuft Gefahr, dass sich die Stadt mehr und mehr zu einer Stadt der Besser- und Bestverdienenden entwickelt, in denen die Menschen mit geringem Einkommen kein Zuhause haben.

Um mittel- bis langfristig gegen die negativen Entwicklungen auf dem Wohnungs- und Grundstücksmarkt entgegen zu wirken, bedarf es einer Kehrtwende beim Verkauf städtischer Grundstücke, die sich für den Wohnungsbau eignen. Je mehr Liegenschaften im Eigentum der Stadt oder städtischer Töchter, städtischer Beteiligungen oder gemeinwohlorientierten Unternehmen wie den Mitgliedern des Düsseldorfer Bündnis für genossenschaftliches Wohnen verbleiben, umso eher wird die Spirale der Preissteigerung des Bodens und die zunehmende Bodenspekulation ein Riegel vorgeschoben.

Die SPD-Ratsfraktion setzt sich für bezahlbaren Wohnraum für alle ein und fordert die Fraktionen im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf zu einem Umdenken in der Vergabe von kommunalen Liegenschaften auf. Wir sind überzeugt, dass gerade eine Stadt wie Düsseldorf auch eine solche Kraftanstrengung bewältigen kann und muss. Es kann und es darf nicht sein, dass vor dem Hintergrund großer finanzieller Herausforderungen das elementare Grundrecht auf bezahlbares Wohnen für viele auf der Strecke bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Marina Spillner